

Die erste Frau Landammann im Kanton Glarus

Landsgemeinde stimmt der Verkleinerung des Landrats zu

Die Glarner Landsgemeinde hat am Sonntag Marianne Dürst zur ersten Frau Landammann gewählt. Das Kantonsparlament wird von 80 auf 60 Mitglieder verkleinert.

rht. Glarus, 4. Mai

«Frä Landammä, ich wüntsche ä gueti Zii!»: Mit diesen Worten übergab im Ring zu Glarus der abtretende Landammann Röbi Marti (svp.) das Landesschwert erstmals einer Frau: Seine FDP-Regierungskollegin Marianne Dürst war vom Volk soeben für die nächsten zwei Jahre zur Frau Landammann gewählt worden. Neuer Landesstatthalter ist Rolf Widmer (cvp.).

Reduktion des Parlaments von 80 auf 60

Erst nach dreimaligem Abstimmen stand der Beschluss der Landsgemeinde fest, die Mitgliederzahl des Kantonsparlamentes (Landrat) von 80 auf 60 zu senken. Auch die Regierung hatte einen entsprechenden Bürgerantrag unterstützt, während der Landrat selber an seiner alten Grösse festhalten wollte. Für die jetzt beschlossenen 60 Sitze werden künftig die drei neuen Gemeinden auch die Wahlkreise bilden. Ein Bürgerantrag, jeder Gemeinde 20 Sitze fix zuzuordnen, wurde aber zugunsten einer proportionalen Zuteilung abgelehnt.

Die am längsten diskutierte Frage an der bei schönem Wetter durchgeführten, rund dreieinhalb Stunden dauernden Glarner Landsgemeinde betraf den Musikunterricht. Man erwog ausgiebig, ob es beim Musikunterricht für Jugendliche neu auch nach der obligatorischen Schulzeit Beiträge der öffentlichen Hand geben solle. Nach längerem Hin und Her lehnte das Volk aus Gründen der finanzpolitischen Konsequenz diese Zusatzforderung aber ab.

Weitere Steuerentlastung

Zugestimmt wurde im Ring trotz dem Widerstand der Jungsozialisten einem weiteren Teilpaket zur Steuerentlastung. Gutgeheissen wurde auch eine Halbierung des Bausteuerzuschlages. Ein Bürgerantrag auf zwei zusätzliche Steuersenkungsprozente unterlag jedoch klar.

Umkämpft war im Ring zu Glarus auch der vom Landrat beantragte Einbezug der Selbständigerwerbenden in eine gemeinsame Familien-

ausgleichskasse. Das Parlament setzte sich in dieser Frage aber schliesslich doch klar durch.

Ein klares Ja gab es an der Landsgemeinde für den Beitritt zum Bildungskonkordat HarmoS. Auch im Glarnerland war die Opposition dazu ziemlich spät erwacht (im Parlament war die Vorlage unbestritten gewesen). Im Ring verschafften sich nun zwar die Gegner lautstark Gehör, doch vermochten die behördlichen Redner die Mehrheit davon zu überzeugen, dass die interkantonale Bildungskoordination folgerichtig und für den Kanton Glarus nicht mit einschneidenden Konsequenzen verbunden sei.

Gemeindereform auf Kurs

Mit bemerkenswertem Stillschweigen genehmigte die Landsgemeinde die grösste ihrer Vorlagen, nämlich die Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Gemeindestruktureform. Nach dem wichtigen Ja der ausserordentlichen Landsgemeinde vom 25. November 2007 zu den künftigen drei Grossgemeinden bestand gestern offenkundig kein Bedarf mehr für ein erneutes Infragestellen – auch nicht in jenen Einzelpunkten, die im Landrat noch umstritten gewesen waren. Damit kann die Glarner Gemeindereform programmgemäss weitergeführt werden. Sie basiert weiterhin auf dem System von Gemeindeversammlungen, stellt den Gemeinden aber auch die Einführung von Parlamenten frei.

Die Kampfwahl zwischen FDP und CVP um den Sitz des zurücktretenden FDP-Oberrichters Gabriel Spälty wurde vom bisherigen Kantonsrichter Hermann Figi (fdp.) gewonnen, womit die CVP weiterhin nicht im höchsten Gerichtsstab vertreten ist; für Figi neu ins Kantonsgericht kam Dora Brunner (fdp.). In sein Amt eingesetzt wurde an der Landsgemeinde auch der neue freisinnige Regierungsrat Andrea Bettiga, der am 20. April zum Nachfolger von Ständerat Pankraz Freitag (fdp.) in der kantonalen Exekutive gewählt worden war.

Diskussionslos hiess die Glarner Landsgemeinde diverse Anpassungen des kantonalen Rechts an das Bundesrecht gut und bewilligte einen Kredit von 2 Millionen Franken für eine Verlängerung der Schutzgalerien an der Sernftalstrasse. Das Thema Schutz vor Passivrauchen wurde gemäss Landratsantrag verschoben, bis definitiv klar ist, wie die Regelung des Bundes aussehen wird.